

UNGERECHTE VERTEILUNG

WIE UNGLEICHHEIT UNSER LEBEN PRÄGT





AK.AT/FÜRDICH

SOLIDARITÄT #FÜRDICH

DIE AK FORDERT EINEN GERECHTEN
SOZIALSTAAT, DER FÜR ALLE DA IST.

VORWORT

Die weltweite Corona-Krise hat viele soziale Ungleichheiten aufgezeigt und verstärkt. Auch in Österreich wurden soziale Unterschiede, die es schon lange vor Ausbruch der Krankheit gab, deutlich sichtbar. Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit, Bedingungen für Heimunterricht von Kindern, Pflege- und Betreuungsverpflichtungen oder Möglichkeiten zur Abschottung vom Virus: Verschiedene Bevölkerungsgruppen wurden von den Auswirkungen der Gesundheitskrise unterschiedlich stark getroffen.

Österreich wird im internationalen Vergleich oft als Land des sozialen Ausgleichs bezeichnet. Der gut ausgebaute Sozialstaat und die Berücksichtigung unterschiedlicher Interessen bei politischen Entscheidungen haben uns in der Vergangenheit diesen positiven Ruf eingebracht. Doch diese historischen Errungenschaften sind heute umkämpft und viele Daten belegen auch hierzulande wachsende Ungleichheiten. So sind in kaum einem anderen Land die Vermögensunterschiede so hoch wie in Österreich. Auch die Spreizung zwischen niedrigen und hohen Einkommen nahm in den letzten Jahrzehnten merklich zu.

Diese Ungleichheiten haben vielfältige Auswirkungen auf die Lebenschancen, von der Freizeitgestaltung über die Wohnsituation und den Gesundheitszustand bis hin zur politischen Teilhabe. Diese Broschüre zeigt anhand zahlreicher Daten und Fakten, wie soziale Ungleichheit in viele gesellschaftliche Bereiche wirkt und was dagegen getan werden kann. Um die negativen Folgen von Ungleichheit für das gesellschaftliche Miteinander und die Demokratie abzufedern, setzt sich die AK für einen gut ausgebauten Sozialstaat ein, der allen einen hohen Lebensstandard ermöglicht. Allerdings reicht es nicht aus, die Symptome zu behandeln. Es müssen auch die Wurzeln von sozialer Ungleichheit bekämpft werden.

„Soziale Ungleichheit wirkt in fast alle Lebensbereiche. Ein gut ausgebauter Sozialstaat und ein gerechtes Steuersystem bekämpfen die Ursachen und Folgen gleichermaßen.“



*Renate Anderl,
AK Wien Präsidentin*



Katharina Bohnenberger



Franziska Dissbacher



Michael Ertl



Georg Feigl



Julia Hofmann



Georg Hubmann



Markus Marterbauer



Patrick Mokre



Johannes Rendl



Matthias Schnetzer



Jana Schultheiss



Nora Waldhör

IMPRESSUM

1. Auflage, September 2021

Medieninhaber: Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien,

Prinz Eugen Straße 20-22, 1040 Wien, Telefon: (01) 501 65 0

Offenlegung gem. § 25 MedienG: siehe wien.arbeiterkammer.at/impressum

Redaktion: Katharina Bohnenberger, Franziska Dissbacher, Michael Ertl, Georg Feigl, Julia Hofmann, Georg Hubmann,

Markus Marterbauer, Patrick Mokre, Johannes Rendl, Matthias Schnetzer, Jana Schultheiss, Nora Waldhör

Konzeption: Georg Hubmann, Jahoda-Bauer-Institut, www.jbi.or.at

Grafik: Gerhard Schmadlbauer

Hersteller: Bösmüller Printmanagement GesmbH & Co. KG

Bestell-Telefon: 01 50165-0

Die Broschüre und die Grafiken stehen auf der Homepage der AK Wien unter

www.arbeiterkammer.at/verteilungsgerechtigkeit zum Download bereit.

INHALT

1	Ungleichheit und Arbeitsmarkt	06
2	Ungleichheit und Geschlecht	08
3	Ungleichheit und unbezahlte Arbeit	10
4	Ungleichheit und soziale Mobilität	12
5	Ungleichheit und Lebenszufriedenheit	14
6	Ungleichheit und Gesundheit	16
7	Ungleichheit und Wohnen	18
8	Ungleichheit und Freizeitgestaltung	20
9	Ungleichheit und Klimakrise	22
10	Ungleichheit und Demokratie	24
11	Was zu tun ist	26
12	Lesestoff	30
13	Ungleichheit in Zahlen	32

UNGLEICHHEIT UND ARBEITSMARKT

DER DRUCK AM ARBEITSMARKT STEIGT

Soziale Ungleichheit wird am Arbeitsmarkt deutlich sichtbar, zum Beispiel bei unterschiedlicher Bezahlung für gleiche Arbeit, Geschlechterunterschieden in Hoch- und Niedriglohnsektor oder bei Langzeitbeschäftigungslosigkeit.

Ungleichheit verändert auch den Arbeitsmarkt selbst. Wenn mehr Vermögen, Macht und politischer Einfluss bei den Reichsten und großen Konzernen konzentriert ist, verschlechtert sich die Lage für Arbeitnehmer*innen.

Marktmacht und politischer Einfluss

Große internationale Konzerne können über die Arbeitsverhältnisse und die Bezahlung von besonders vielen Menschen bestimmen. Wenn einige wenige Reiche immer reicher werden, oder einige wenige Unternehmen immer größer, heißt das für ihre Beschäftigten, dass sie sich mangels Alternativen schlechter durchsetzen können.

Mit dem Reichtum wächst auch der politische Einfluss: Think Tanks und Parteispenden sind Türöffner für die Industrie, um ihre Interessen auch am Arbeitsmarkt politisch durchzusetzen. Das zeigt zum Beispiel die Debatte zum 12-Stunden-Tag oder

bei der Lockerung der Zumutbarkeitskriterien bei Erwerbslosen. Arbeitnehmer*innen haben diesen Zugang zur Politik nur wenn sie gemeinsam aktiv sind, etwa über die Organisation in Gewerkschaften. Wenn Gewerkschaften geschwächt werden, nützt das vor allem zahlungskräftigen Einzelinteressen bei politischen Entscheidungen (z.B. im Arbeitsrecht oder der Marktregulierung).

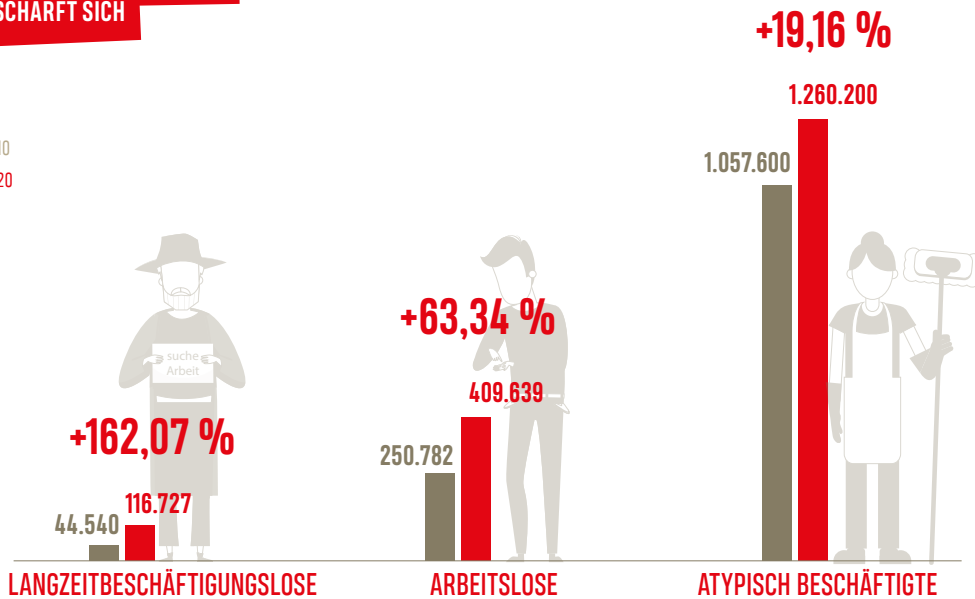
Marktmacht und politische Macht sind schwer zu trennen. Aber je ungleicher eine Gesellschaft ist, desto weniger können Arbeitnehmer*innen den Arbeitsmarkt mitgestalten. Das hat negative Auswirkungen auf Beschäftigte und Erwerbslose.

Prekäre Beschäftigung höhlt Arbeitsrechte aus

Das sieht man zum Beispiel an der Zunahme der prekären Beschäftigung in den letzten Jahrzehnten. Krisen beschleunigen diese Veränderung, weil viele Menschen gleichzeitig arbeitslos werden. Nach der Krise von 2008 sind die prekären Beschäftigungsverhältnisse in Österreich vor allem durch Leiharbeit und Outsourcing doppelt so schnell angestiegen wie die stabilen Normalarbeitsverhältnisse.

DIE KRISE AM ARBEITSMARKT VERSCHÄRFT SICH

■ 2010
■ 2020



Quelle: AMS & Statistik Austria 2010/2020, eigene Darstellung

Arbeitsmarktpolitik muss für alle sein

Wenn der Arbeitsmarkt nach den Vorstellungen der Reichsten umgestaltet wird, ist das oft besonders schlimm für Langzeitbeschäftigungslose, also für jene, die länger als ein Jahr ohne dauerhafte Beschäftigung sind. Auf dem freien Arbeitsmarkt werden sie als Letzte wiedereingestellt, eine Rückkehr ins Arbeitsleben ist ohne staatliche Unterstützung sehr schwierig. Gerade für diese Menschen ist eine Arbeitsmarktpolitik besonders wichtig, die sicherstellt, dass die am meisten gefährdeten Gruppen am Arbeitsmarkt nicht untergehen oder übergangen werden.

Zum Weiterlesen:

Biffl, G. (1996): *Entwicklung der Langzeitarbeitslosigkeit in Österreich und Maßnahmen zu ihrer Bekämpfung*, online unter:

http://bit.do/arbeitsmarkt_01

Gilberg, R. / Hess, D. / Schröder, H. (1999): *Wiedereingliederung von Langzeitarbeitslosen. Chancen und Risiken im Erwerbsverlauf*, online unter:

http://bit.do/arbeitsmarkt_02

Knittler, K. (2018): *Atypische Beschäftigung 2017*,

In: *Statistische Nachrichten 9/2018*, Wien: Statistik Austria, online unter:

http://bit.do/arbeitsmarkt_03

FAKTEN

- 2010 gab es in Österreich rund **44.500 Langzeitbeschäftigungslose**. 2020 waren es rund 117.000.
- **Atypische Beschäftigungsformen werden immer normaler**: Zwischen 2008 und 2017 ist die Zahl der Normalarbeitsverhältnisse um nur 4,47 % (+107.500) gestiegen, während die Zahl der atypischen Beschäftigungsformen **um 19,16 % (202.600) gestiegen** ist.
- 2020 sind **nur noch 48 % der Frauen und 85 % der Männer in Normalarbeitsverhältnissen** beschäftigt.

LÖHNE UND PENSIONEN VON FRAUEN SIND ZU GERING

Die Benachteiligung von Frauen zieht sich durch sämtliche Lebensbereiche und das ganze Arbeitsleben. Für Lohnunterschiede zeigt das der Gender Pay Gap. Im Jahr 2019 war der Stundenlohn von Frauen um 19,3 % niedriger als jener von Männern. Das ist ein Unterschied, den Frauen Tag für Tag zu spüren bekommen. Im Alter sind viele Frauen von Männern ökonomisch abhängig und von erdrückender Armut betroffen.

Fast die Hälfte weniger Pension

Weil die Pensionshöhe vom Einkommen abhängt, erhalten Frauen auch eine niedrigere Pension als Männer. Ähnlich wie beim Einkommen wird der Pensionsunterschied zwischen Frauen und Männern durch den Gender Pension Gap gemessen. Nur in drei EU-Ländern, nämlich Luxemburg, Malta und den Niederlanden, ist die Lücke größer als in Österreich. Hierzulande erhalten Frauen, die 2019 in Pension gingen, im Mittel 46,1% weniger Pension als Männer, die im gleichen Jahr den Ruhestand angetreten haben.

Die durchschnittliche neu zuerkannte Pension von Frauen lag 2019 bei 1.226 Euro brutto, jene der Männer bei 2.274 Euro. Personen mit besonders niedrigen Pensionen werden durch die Mindestpension in Form der Ausgleichszulage unterstützt. Zwei von drei der Betroffenen sind weiblich. Allerdings ist die Mindestpension sehr niedrig und auch mit Ausgleichszulage liegt sie

deutlich unter der Armutsgefährdungsschwelle für Alleinlebende.

Ökonomische und soziale Benachteiligung

Das Zusammenspiel mehrerer Faktoren und Benachteiligungen erklärt, warum die Pensionen von Frauen so weit unter denen der Männer liegen. Der wichtigste Grund ist, dass Frauen im Erwerbsleben in der Regel weniger Einkommen als Männer beziehen. Frauen erhalten nicht nur pro Stunde weniger Lohn, sie sind auch deutlich häufiger in Teilzeit beschäftigt, auch weil es oft keine zu einer Vollzeitbeschäftigung passenden Kinderbetreuungsmöglichkeiten gibt.

Blickt man nur auf die bezahlte Erwerbsarbeit, so arbeitet die Hälfte der Frauen Teilzeit - bei jenen mit Kindern unter 15 Jahren sind es sogar drei Viertel. Seit der Reform von 2003 gelten für die Pensionsberechnung längere Durchrechnungszeiträume. Dass Frauen häufiger teilzeitbeschäftigt sind, schlägt damit voll durch. Dazu kommt, dass Frauen im Durchschnitt acht Versicherungsjahre weniger haben als Männer. Denn Frauen leisten neben der Erwerbstätigkeit den Großteil der Fürsorge- und Betreuungsarbeit für ältere oder kranke Angehörige oder die Kinder. Die teilweise Anrechnung von Kindererziehungszeiten gleicht diesen Unterschied nicht aus. In Summe sind die niedrigeren Pensionen von Frauen ein Abbild der vielen ökonomischen und sozialen Benachteiligungen.

2

gungen und Diskriminierungen, denen Frauen im Verlauf ihres Lebens ausgesetzt sind.

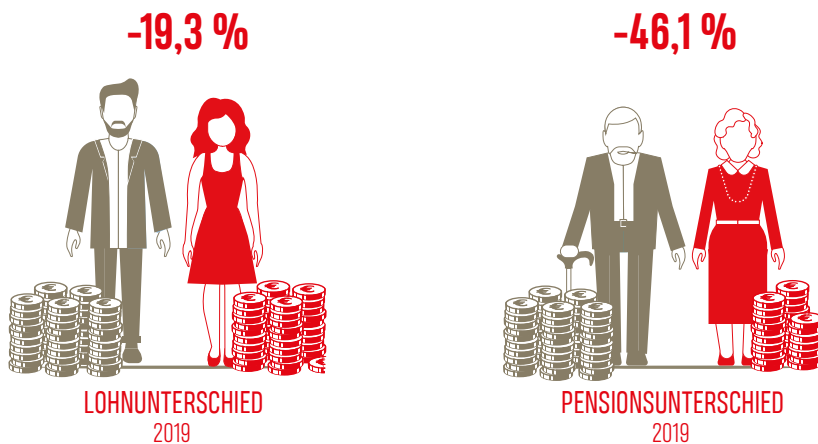
Zum Weiterlesen:

Dessimirova, D. / Bustamante, M.A. (2019): *The gender gap in pensions in the EU*, online unter: http://bit.do/gender_01
Mairhuber I./Stadler, B. (2020): *Gender Gap in Pension und Pension Literacy von Frauen in Österreich*, online unter: http://bit.do/gender_03
Mayrhuber, C. (2020): *Geschlechtsspezifische Pensionslücke in Österreich*, online unter: http://bit.do/gender_02

FAKTEN

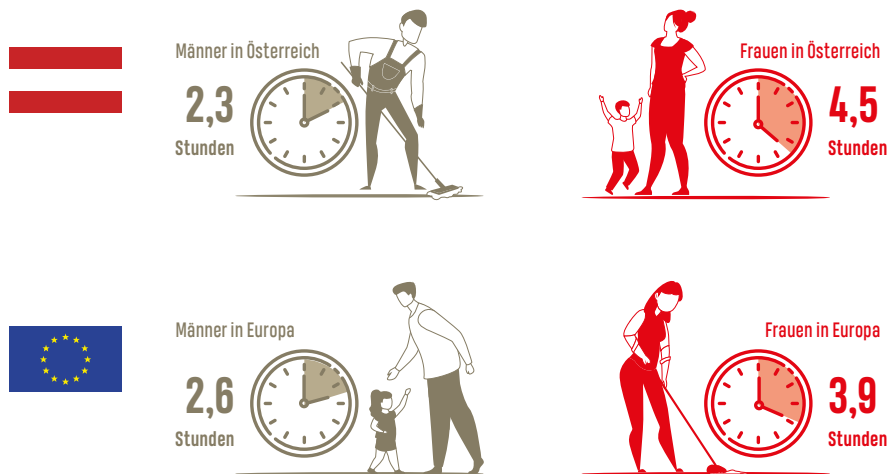
- Vorarlberg hat österreichweit mit **56 % den höchsten Gender Pension Gap**. In Wien ist er mit **33 % am niedrigsten**.
- Unter jenen, die 2018 ihre Alterspension angetreten sind, **hatten nur 36,7 % der Frauen 40 oder mehr Versicherungsjahre**, bei den Männern sind es 77,7 %.
- Unter den über 65-Jährigen hatten 2017 **18,4 % der Frauen und 1 % der Männer keine eigene Pension**. Frauen sind im Alter oft ökonomisch von ihren Männern abhängig.

NIEDRIGE LÖHNE FÜHREN ZU NIEDRIGEN PENSIONEN



Quelle: MA 23 (Wirtschaft, Arbeit und Statistik der Stadt Wien) & Arbeiterkammer 00 2020, eigene Darstellung

UNBEZAHLTE ARBEIT IST BESONDERS UNGLEICH VERTEILT



In Österreich leisten Frauen täglich 2,2 Stunden mehr unbezahlte Arbeit als Männer.

Quelle: European Institute for Gender Equality 2021, eigene Darstellung

UNGLEICHHEIT UND UNBEZAHLTE ARBEIT

WHO CARES?

Frauen sind nicht nur am Arbeitsmarkt stärker von Ungleichheit betroffen. Sie übernehmen auch wesentlich mehr unbezahlte Arbeit, in Form von Sorge-, Haus- und Pflegearbeit als Männer. Deshalb spricht man neben dem Gender Pay Gap auch von einem Gender Care Gap (Fürsorgelücke). Österreich liegt bei der unterschiedlichen Verteilung von unbezahlter Arbeit in der EU auf dem vorletzten Platz. Frauen leisten hierzulande im Durchschnitt 4,5 Stunden unbezahlte Arbeit pro Tag, Männer dagegen nur 2,3 Stunden. Daraus ergibt sich ein

Gender Care Gap von 98 %. Nur in Griechenland ist der Abstand noch größer als in Österreich. Der EU-Durchschnitt in der ungleichen Verteilung von unbezahlter Arbeit beträgt 47 %.

Frauen leisten die meiste unbezahlte Arbeit

Traditionelle Geschlechterrollen spielen bei der ungleichen Verteilung von Sorge-, Haus- und Pflegearbeit eine wesentliche Rolle. Diese gelten immer noch als „Frauenarbeit“. Dementsprechend wird sie auch gesamtgesellschaftlich verteilt und

bewertet. Frauen verkürzen etwa häufiger ihre Arbeitszeit als Männer, um sich um Kinder oder Pflegebedürftige zu kümmern. In Österreich arbeitet rund jede zweite Frau mit Betreuungspflichten in Teilzeit, jede fünfte geht gar keiner Erwerbsarbeit mehr nach. Aber nur jeder zwanzigste Mann verkürzt seine Arbeitszeit. Meist sind Betreuungspflichten auch nicht der Auslöser für den Teilzeiterwerb von Männern, gerade einmal 5 % gaben sie gegenüber der Statistik Austria als Grund an. Auch die private Alten- und Krankenbetreuung wird überwiegend von Frauen übernommen. Über die Hälfte der Pflegenden sind (Ehe-)Partnerinnen, Schwestern oder Töchter der zu betreuenden Person. Frauen reduzieren daher häufig die Arbeitszeit. Jede dritte Frau ist in einem Teilzeitarbeitsverhältnis.

Vereinbarkeit von Job und Familie

Für die Reduktion von Arbeitszeit bei Frauen ist auch das fehlende Kinderbetreuungsangebot verantwortlich, besonders in ländlichen Regionen. In Österreich werden nur knapp 27 % der 0-3-Jährigen in Betreuungseinrichtungen betreut. Der Großteil der Eltern betreut seine Kinder zu Hause. Das hat auch damit zu tun, dass gerade einmal 13 % der Einrichtungen die Öffnungszeiten mit den Erfordernissen des Berufslebens vereinbar sind. Bei den Kindergärten sind es nicht einmal die Hälfte, die diesen Anforderungen entsprechen. Hohe Teilzeitquoten wirken sich auf die niedrigen Einkommen aus und diese wiederum auf spätere Pensionsansprüche. Sie verfestigen so Ungleichheiten zwischen den Geschlechtern. Wenige

Haushalte, die das nötige Geld haben, lagern ihre Betreuungs- oder Pflegearbeit an private Dienstleister*innen aus. Die Mehrheit der Haushalte übernimmt die Sorgearbeit jedoch größtenteils selbst.

Zum Weiterlesen:

European Institute for Gender Equality (2021): Beijing Platform for Action: Gender inequalities in care and consequences for the labour market, online unter: http://bit.do/care_01

Grisold, A. / Mader, K. (2013): Veränderungen und Stillstand von Frauenarbeit im Längsschnittvergleich, In: Ökonomie und Gesellschaft Jahrbuch 25, Marburg: Metropolis Verlag, S. 47 - 75

Statistik Austria (2019): Vereinbarkeit von Beruf und Familie, online unter: http://bit.do/care_02

FAKTEN

- In der Europäischen Union leisten **92 % aller Frauen** an mehreren Tagen in der Woche **unbezahlte Arbeit**, 81 % sogar täglich. 68 % der Männer verrichten an einigen Tagen unbezahlte Arbeit und nur 38 % täglich.
- **Länder mit großem Gender Care Gap haben meist auch einen großen Gender Pay Gap.**
- Bei den 30-44-Jährigen geben **fast Dreiviertel der Frauen** an, dass sie **aufgrund von Betreuungspflichten ihre Arbeitszeit verkürzen**. Die Mehrheit der Männer, die eigentlich Betreuungspflichten hätten, arbeitet weiterhin Vollzeit (86 %).

NICHT NUR GELD WIRD VERERBT

Die Lohnhöhe hängt von vielen Faktoren ab. Einfluss haben etwa das Geschlecht, die Branche, in der man arbeitet, oder der formale Bildungsabschluss. Absolvent*innen einer Hochschule werden im Durchschnitt besser bezahlt als jene, die kein Studium absolvieren konnten. Der Grad des Bildungsabschlusses ist aber nicht nur das Ergebnis von persönlichen Vorlieben, wie etwa des Berufswunsches, sondern vor allem eine Frage der sozialen Herkunft.

Was bestimmt die Bildungschancen?

Der Bildungsweg der Kinder wird wesentlich vom Bildungsstand und sozialen Status der Eltern sowie der Verfügbarkeit von Bildungseinrichtungen definiert. Welche Möglichkeiten ein Mensch im Leben bekommt, hängt in vielfältiger Weise von Vermögen und Einkommen, Bildung und Beruf sowie dem sozialen Umfeld der Eltern und des familiären Umfelds ab.

Hier ein paar Beispiele: Während manche Eltern viel Geld für Nachhilfe, Freizeitaktivitäten und Sprachkurse ihrer Kinder ausgeben, können sich viele andere das schlichtweg nicht leisten.

Für die Entwicklung von Kindern sind qualitätsvolle Kinderbetreuungseinrichtungen besonders wichtig. Während diese in manchen Gegenden, vor allem im städtischen Raum, gut ausgebaut sind, überwiegt in anderen Regionen ein Mangel an Plätzen. Einige Eltern können ihren Kindern

über Netzwerke zu Praktika oder Jobs verhelfen, sie finanziell beim Studium oder einem Auslandsaufenthalt unterstützen, andere können nur davon träumen. So häufen und verfestigen sich im Lauf des Lebens die Vor- und Nachteile der sozialen Herkunft. Das zeigt sich etwa in der Vererbung von Bildung: 68 % der Kinder aus Akademiker*innenhaushalten schließen selbst wiederum ein Hochschulstudium ab. Aber nur 7 % der Menschen, bei denen die höchste abgeschlossene Ausbildung der Eltern die Pflichtschule ist, erlangen einen Hochschulabschluss und 27 % dieser Gruppe schließen selbst maximal eine Pflichtschule ab.

Geringe Chancen auf sozialen Aufstieg

In Österreich ist der soziale Aufstieg im Vergleich zu anderen EU-Ländern besonders schwierig. Skandinavische Länder, wie Dänemark, Norwegen, Schweden und Finnland, bieten hingegen mehr Arbeiter*innenkindern die Möglichkeit einen höheren sozialen Status oder einen Hochschulabschluss zu erlangen. Ähnliches gilt für die Chance auf einen Aufstieg in Führungs- oder Fachkräftepositionen. Diese ist für Kinder aus Arbeiter*innenfamilien in Skandinavien 3,3-mal höher als in Österreich. Nur Portugal schneidet im OECD-Vergleich noch schlechter ab. Die soziale Durchlässigkeit ist in Österreich also sehr gering.

4

Zum Weiterlesen:

Institut für Höhere Studien (2020): Studierenden-Sozialerhebung 2019. Kernbericht, online unter: http://bit.do/bildung_01

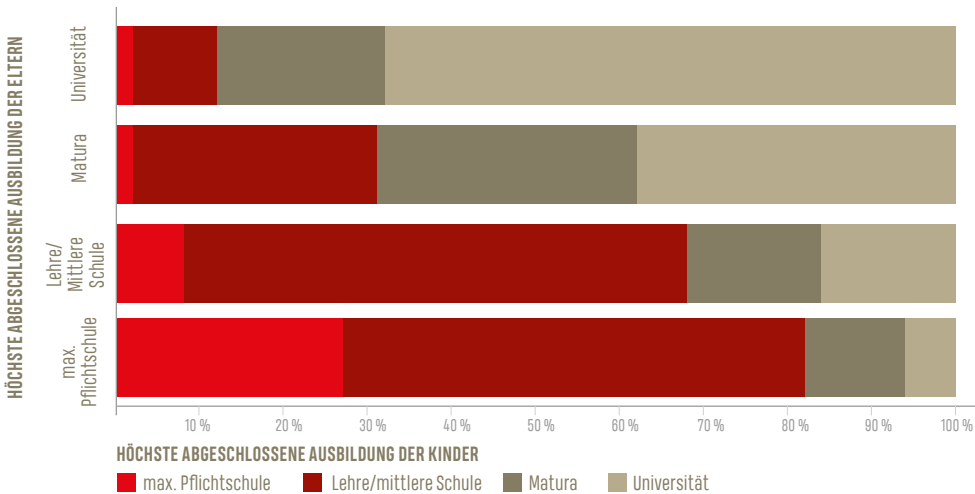
OECD (2018): A Broken Social Elevator? How to Promote Social Mobility, online unter: http://bit.do/bildung_02

Statistik Austria (2020): Bildung in Zahlen: 2018/2019, online unter: http://bit.do/bildung_03

FAKTEN

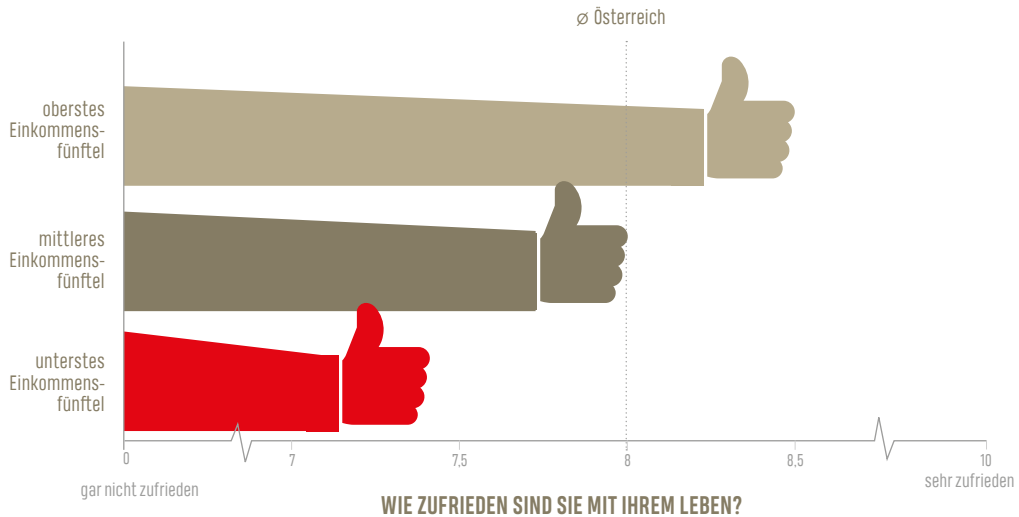
- Bei den **Eltern mit Universitätsabschluss** haben **86 % der Kinder Matura** oder einen höheren Abschluss.
- Wenn die **Eltern lediglich die Pflichtschule** abgeschlossen haben, **erreichen die Kinder zu 27 % auch keinen höheren Abschluss**. Bei Eltern mit einem Hochschulabschluss schließen nur 2% der Kinder maximal die Pflichtschule ab.
- Die **Bildungsvererbung** zwischen den Generationen ist in Österreich **für Frauen stärker ausgeprägt als für Männer**.

DER BILDUNGSWEG DER ELTERN BESTIMMT DEN BILDUNGSWEG DER KINDER



Quelle: Statistik Austria 2018, eigene Darstellung

EINKOMMEN UND LEBENSZUFRIEDENHEIT HÄNGEN ZUSAMMEN



Quelle: Statistik Austria 2020, eigene Darstellung

UNGLEICHHEIT UND LEBENSZUFRIEDENHEIT

GLEICHHEIT IST GLÜCK

Schon der deutsche Titel des Weltbestsellers „Gleichheit ist Glück“ der beiden britischen Wissenschaftler*innen Kate Pickett und Richard Wilkinson weist darauf hin, dass es einen Zusammenhang zwischen sozialer Ungleichheit und Lebenszufriedenheit gibt. Sozial gleichere Gesellschaften bieten für Alle ein besseres und schöneres Leben. Es gilt: Je niedriger die soziale Ungleichheit, desto glücklicher sind auch die Menschen.

Glück ist ungleich verteilt

Blickt man auf Fragen der Lebenszufriedenheit und des Glücks, so zeigt sich, dass die Menschen in Österreich im EU-Vergleich mit 8 von 10 möglichen Punkten zu den zufriedensten gehören. Dieser hohe Durchschnittswert wird meist mit den guten Lebensbedingungen, wie den im Europavergleich hohen Einkommen oder dem gut ausgebauten Gesundheits- und Sozialsystem in Verbindung gebracht.

Sieht man allerdings etwas genauer hin, zeigen sich innerhalb der Bevölkerung beträchtliche Unterschiede bei der Lebenszufriedenheit. Besonders deutlich sticht der Einfluss der Einkommenshöhe hervor: Bei der untersten Einkommensgruppe lag die mittlere Lebenszufriedenheit 2018 laut Statistik Austria bei 7,4, bei der obersten Einkommensgruppe allerdings bei bereits 8,5 von 10 möglichen Punkten. Der Erwerbsstatus spielt ebenso eine zentrale Rolle: Personen mit einem aufrechten Beschäftigungsverhältnis wiesen mit 8,2 einen deutlich höheren Zufriedenheitswert auf als Arbeitslose mit nur 6,6 Punkten. Diese Unterschiede ergeben sich vor allem aus den unsichereren Lebensbedingungen und den damit verbundenen geringeren Möglichkeiten zur sozialen Teilhabe von Arbeitslosen und Menschen mit geringerem Einkommen.

Viel Geld allein macht aber natürlich nicht automatisch glücklich. Lebenszufriedenheit und Glück hängen auch von vielen persönlichen Faktoren, wie beispielsweise von Freundschaften und Familie oder persönlichen Einstellungen und Lebenszielen ab. Dennoch: Menschen mit Geld haben einfach eine große Sorge weniger als Menschen ohne Geld.

Ein glückliches Leben für Alle!

Damit jedoch möglichst alle die Chance auf ein gelungenes und glückliches Leben haben, ist ein gut ausgebauter Sozialstaat mit kostenloser Gesundheitsversorgung, einem durchlässigen Bildungssystem und funktionierender öffentlicher Infrastruktur unabdingbar.

Zum Weiterlesen:

Arbeiterkammer Wien (2020): *AK-Wohlstandsbericht 2020. Analyse des gesellschaftlichen Fortschritts in Österreich 2016-2021*, online unter: http://bit.do/lebenszufriedenheit_03

Statistik Austria (2020): *Wie geht's Österreich? Indikatoren und Analysen sowie COVID-19-Ausblick*, online unter:

http://bit.do/lebenszufriedenheit_01

Pickett, K. / Wilkinson, R. (2009): *Gleichheit ist Glück. Warum gerechte Gesellschaften für alle besser sind*, online unter:

http://bit.do/lebenszufriedenheit_02

FAKTEN

- Die allgemeine **Lebenszufriedenheit hängt stark mit dem Wohlstandsniveau eines Landes zusammen**. Im EU-Vergleich sind Menschen in Bulgarien oder Griechenland am unglücklichsten, in Österreich oder Dänemark am glücklichsten.
- Die Lebenszufriedenheit in Österreich stieg im letzten Jahrzehnt stets an, allerdings hat die **Corona-Krise die allgemeine Lebenszufriedenheit stark gedämpft**.
- **Arbeitslose, Frauen und junge Menschen haben in Österreich** im Zuge der Corona-Krise besonders unter einem Einbruch ihrer Lebenszufriedenheit **gelitten**.

UNGLEICHHEIT UND GESUNDHEIT

ARMUT MACHT KRANK

Im Zuge der Corona-Krise ist das Thema Gesundheit wieder besonders ins Zentrum der Aufmerksamkeit gerückt. Österreich hat eines der am besten ausgebauten Gesundheitssysteme und die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung ist durch die gesetzliche Krankenversicherung erfasst. Dennoch zeigen sich auch hierzulande beträchtliche Unterschiede beim Zugang zu medizinischen Leistungen, beim Risiko krank zu werden oder gar frühzeitig zu sterben.

Wer weniger verdient, wird eher krank

Der Österreichische Gesundheitsbericht aus 2019 zeigt bei zahlreichen Erkrankungen einen starken Zusammenhang mit der Einkommenshöhe. Das betrifft etwa chronische Krankheiten wie Rückenprobleme oder Bluthochdruck. Besonders offensichtlich werden die Klassenunterschiede aber auch bei der Zahngesundheit: So schätzen vier Fünftel der Personen mit sehr hohem, aber nur drei Fünftel der Personen mit sehr niedrigem Haushaltseinkommen ihren Zahnstatus als (sehr) gut ein. Auch psychische Erkrankungen, wie Depressionen oder Suizid-

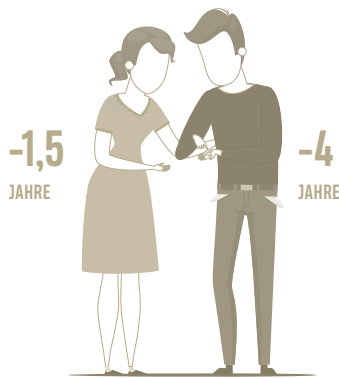
gedanken hängen häufig mit der Höhe des Einkommens zusammen. Von Depressionen sind rund 3,5 % der Männer und Frauen in der höchsten, aber bereits 10 % der Männer und 15 % der Frauen in der niedrigsten Einkommensklasse betroffen.

Besonders dramatisch sind die Unterschiede bei der Lebenserwartung. Auswertungen von Statistik Austria zeigen, dass Menschen, die dauerhaft in Armut leben müssen, deutlich früher sterben als die Durchschnittsbevölkerung. So haben Männer in manifester Armut im Durchschnitt rund 11 und Frauen rund 4 Lebensjahre weniger als nicht-armutsgefährdete Menschen. Das liegt daran, dass manifest Arme häufig mit widrigen Lebensbedingungen zu kämpfen haben (u.a. auf Grund von Obdachlosigkeit, schlechterer Qualität ihrer Wohnung, weniger Zugang zu bestimmten Gesundheitsleistungen).

Gesundheitliche Risiken am Arbeitsplatz

Das Risiko bestimmte Erkrankungen zu bekommen oder körperliche Schäden zu erleiden hängt auch stark mit dem Arbeitsplatz zusammen. So

ARMUT REDUZIERT DIE LEBENSERWARTUNG



ARMUTSGEFÄHRDET

Armutsgefährdet sind Personen mit einem Haushaltseinkommen unter 60 % des Medianeinkommens.



MANIFEST ARM

Manifest arm sind Personen, die ihre Grundbedürfnisse aus finanziellen Gründen nicht mehr decken können.

Quelle: Statistik Austria 2019, eigene Darstellung

ist man in einigen Branchen oder Berufen eher einem gesundheitlichen Risiko ausgesetzt als in anderen: Das Bauhilfs-, Transport- und Frachtgewerbe oder das Hotel- und Gaststättenwesen sind Beispiele für Berufsfelder, in denen es besonders hohe Gesundheitsrisiken gibt. Ebenso kommt es hier zu deutlich mehr Arbeitsunfällen und auch die Sterberate ist höher als in anderen Branchen. Die Corona-Krise hat diese Zusammenhänge noch einmal deutlicher hervorgehoben: Ökonomisch benachteiligte Gruppen waren einem deutlich höheren Risiko ausgesetzt, sich mit dem Virus zu infizieren oder gar an COVID-19 zu sterben.

Zum Weiterlesen:

Bundesministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Konsumentenschutz (2019): *Gender-Gesundheitsbericht. Schwerpunkt Psychische Gesundheit am Beispiel Depression und Suizid*, online unter: http://bit.do/gesundheits_01

Statistik Austria (2020): *Soziodemographische und sozioökonomische Determinanten von Gesundheit. Auswertungen der Daten der Österreichischen*

Gesundheitsbefragung 2019, online unter:

http://bit.do/gesundheits_02

Steiber, N. / Liedl, B. / Molitor, P. (2020): *Infektionsrisiko am Arbeitsplatz: Das Risiko für eine Corona-Infektion ist ungleich verteilt*, online unter: http://bit.do/gesundheits_03

FAKTEN

- Viele **Erkrankungen sind sozial ungleich verteilt**: 18 % in der höchsten Einkommensklasse beklagen ein Rückenleiden, in der Gruppe mit sehr geringem Haushaltseinkommen sind es rund 32 %.
- Personen in **einkommenschwachen Haushalten beurteilen ihren allgemeinen Gesundheitszustand um einiges schlechter** als Personen in höheren Einkommensklassen.
- Das Risiko einer **psychischen Erkrankung hängt vom sozialen Status ab**. Eine finanziell unterstützte Psychotherapie bekommt aber nur jede*r sechste Betroffene, das erhöht die soziale Kluft.

WIE WOHNEN UNSER LEBEN PRÄGT

Etwa die Hälfte der österreichischen Bevölkerung besitzt Wohnraum, die andere Hälfte zahlt einen wachsenden Anteil ihres Einkommens für dessen Nutzung. Die Folgen der ungleichen Immobilienvermögensverteilung sind Wohnkostenüberbelastung, Überbelag, Energiearmut und hohe Lärm- und Umweltbelastung bei ärmeren Haushalten. Dieser stehen Wohnraum-Überfluss und wachsende Vermögenseinkommen aus Anlagevermögen bei reicheren Haushalten gegenüber.

Wohnungleichheit verschärft die Folgen der Corona-Krise

Die Wohnsituation hat einen großen Einfluss auf die Lebensmöglichkeiten, insbesondere während der Corona-Krise wurden diese Unterschiede spürbarer. Für Menschen, die in überbelegten Wohnungen ohne Freiflächen an einer befahrenen Straße wohnen, waren die Lockdowns belastender als für jene, die sie im großzügigen Einfamilienhaus mit eigenem Arbeitszimmer und Garten verbrachten. Erste Studien deuten bereits darauf hin, dass die unterschiedlichen Möglichkeiten, die der eigene Wohnraum etwa für Home-Schooling bietet, auch künftige Lebenschancen beeinflussen.

Räumliche Armuts- und Vermögenskonzentration

Je größer die soziale Ungleichheit ist, desto stärker

konzentrieren sich Haushalte mit niedrigem verfügbarem Einkommen auch in Regionen mit günstigen Mieten. Gebiete mit hoher Armutskonzentration sind oft durch schlechtere, aber zugleich dichte Bebauung und schlechtere Infrastruktur gekennzeichnet. In Folge kommt es dort zu einer Häufung sozialer Probleme in den Wohnanlagen, im öffentlichen Raum und an den Schulen, gefolgt von einem Wegzug besser situierter Bewohner*innen. Hält die öffentliche Hand nicht entsprechend dagegen, verstärkt sich diese Tendenz noch weiter und reduziert die Lebensmöglichkeiten der Bewohner*innen weit über die unmittelbare Wohnqualität hinaus.

Gemeinnütziger Wohnbau als wichtiger Ausgleich

Im internationalen Vergleich ist die Wohnsituation in Österreich dennoch gut. Das liegt am insgesamt höheren Wohlstandsniveau und den vergleichsweise geringen Einkommensunterschieden, aber auch am nach wie vor hohen Anteil des gemeinnützigen Wohnbaus (knapp ein Viertel in Österreich gegenüber 7 % im OECD-Schnitt), insbesondere in den Städten. Dieser sorgt für eine bessere soziale Durchmischung innerhalb als auch zwischen den Wohnvierteln. Mit moderaten Wohnkosten bei relativ hohen Standards übt er auch Druck auf das allgemeine Niveau der Mieten und damit die Gewinne privater Immobilienvermieter*innen aus.

7

Verteilungspolitisch gilt es folglich den gemeinnützigen Bereich auszubauen, der nicht nur die Lebensqualität und Kaufkraft der unmittelbaren Mieter*innen erhöht, sondern den Wohnungs- und Immobilienmarkt insgesamt reguliert.

Zum Weiterlesen:

Fessler, P. / Schürz, M. (2010): Informationen zum „kleinen Häuselbauer“, online unter:

http://bit.do/wohnen_01

Springler, E. (2019): Die Rückkehr der Wohnungsfrage, online unter: http://bit.do/wohnen_02

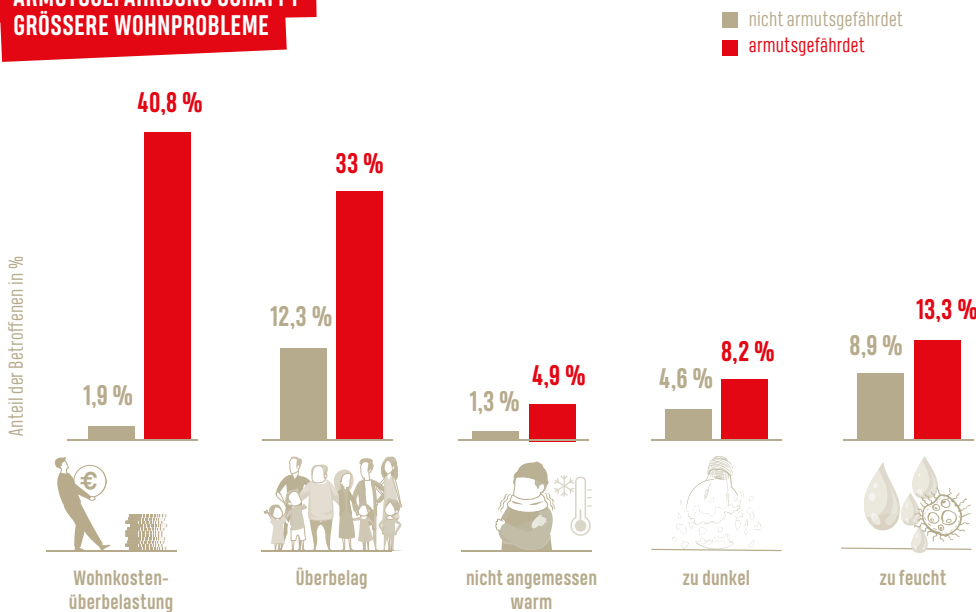
Tockner, L. (2017): Wie kann städtisches Wohnen wieder leistbar werden?, online unter:

http://bit.do/wohnen_03

FAKTEN

- Dem reichsten Fünftel gehören 88 % des nicht als Hauptwohnsitz genutzten **Immobilienvermögens**.
- Nennenswertes **Einkommen aus Immobilienbesitz findet sich fast nur bei Reichen**. Allein 83 % der nicht über Firmen lukrierten Mieterträge gehen an das oberste Einkommensdrittel.
- **Menschen mit geringem Einkommen leben oft in Vierteln mit schlechterer Infrastruktur**. 4 von 10 können sich sogar diese Wohnungen oft nicht leisten, 5 % nicht einmal ausreichend heizen.

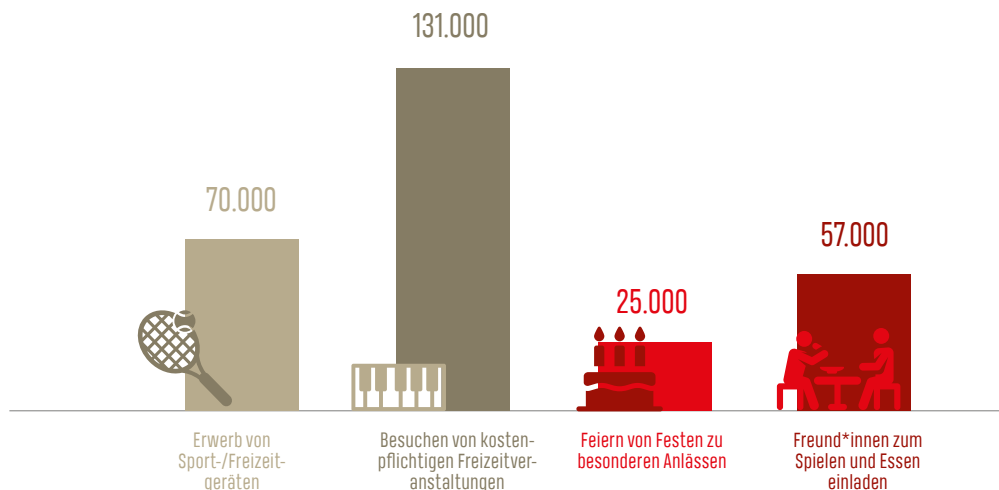
ARMUTSGEFÄHRDUNG SCHAFFT GRÖßERE WOHNPROBLEME



Armutsgefährdet sind Personen mit einem Haushaltseinkommen unter 60% des Medianeinkommens.

Quelle: Eurostat 2021, eigene Darstellung

KINDER UND JUGENDLICHE, DIE SICH FREIZEITAKTIVITÄTEN NICHT LEISTEN KÖNNEN



Quelle: Statistik Austria / EU-SILC 2020, eigene Darstellung

UNGLEICHHEIT UND FREIZEITGESTALTUNG

FREIZEIT MUSS MAN SICH LEISTEN KÖNNEN

„Wo seid ihr in den Sommerferien auf Urlaub gewesen?“ ist eine häufig gestellte Frage am Beginn eines neuen Schuljahrs. Der vermeintlich sanfte Einstieg in den Schulalltag löst bei manchen Kindern jedoch ein Schamgefühl aus, weil sie nicht von Urlaubsreisen erzählen können. Dies ist kein Einzelschicksal: Jedes sechste Kind unter 16 Jahren lebt in Haushalten wo ein Urlaub aus finanziellen Gründen nicht möglich ist. Soziale Ungleichheiten spiegeln sich in den Möglichkeiten

zur Freizeitgestaltung wider.

Fremdbestimmte Freizeit beeinträchtigt soziale Teilhabe

Freizeit ist das, was vom Tag übrigbleibt, wenn man bezahlte und unbezahlte Arbeitszeiten sowie damit verbundene Wegzeiten abzieht. Neben persönlichen Bedürfnissen sind es vor allem soziale Interaktionen, die unsere Freizeitaktivitäten bestimmen. Selbstbestimmte Freizeitphasen sind aber nicht selbstverständlich. In der

Gebäudereinigung führen etwa geteilte Dienste in den Morgen- und Abendstunden zu fremdbestimmten Freizeitphasen. Für die Beschäftigten bedeutet das eine drastische Einschränkung gemeinsam planbarer Freizeitgestaltung mit Familie und Freund*innen.

Freizeit ist ungleich verteilt

Oftmals entspricht das Freizeitmaß nicht den Bedürfnissen der Beschäftigten. Arbeitslose und unfreiwillig Teilzeitbeschäftigte stehen überlasteten Vollzeitbeschäftigten gegenüber. Während jede*r sechste Teilzeitbeschäftigte gerne mehr oder sogar Vollzeit arbeiten möchte, sehnt sich jede*r vierte Vollzeitbeschäftigte nach mehr Freizeit und der Reduktion der Wochenarbeitszeit um ein paar Stunden. Freizeit ist also sehr ungleich verteilt. Menschen mit hohem Einkommen haben deutlich mehr Spielraum, zugunsten von mehr Freizeit auf einen Teil ihres Einkommens zu verzichten.

Einkommen bestimmt Freizeitgestaltung

Gesellschaftliche Teilhabe ist eng verknüpft mit den individuellen finanziellen Möglichkeiten: Sei es der Kino- oder Theaterbesuch, das Treffen mit Freund*innen im Café oder ein Getränk im Gasthaus als Abschluss einer gemeinsamen sportlichen Aktivität. Armutsgefährdete Personen haben ein höheres Risiko sozial ausgegrenzt zu werden. Neben vielen anderen Indikatoren listet Statistik Austria als Indiz für Ausgrenzungsgefährdung auf, wenn Menschen nicht zumindest einmal pro Monat Bekannte oder Verwandte zum Essen einladen können. Das betrifft mehr als eine

halbe Million Menschen in Österreich.

Kinder von einkommensarmen Familien trifft es besonders hart. Sie können deutlich weniger von ihren Eltern gefördert werden. Jedes zehnte Kind unter 16 Jahren ist von kostenpflichtigen Freizeitaktivitäten ausgeschlossen, jedes zwanzigste bekommt dafür notwendige Sportgeräte nicht. Ungleichheit setzt sich also bei den Kindern fort und schränkt ihre Möglichkeiten ein.

Zum Weiterlesen:

Sardadvar, K. (2019): Ausgelagert und unsichtbar: Arbeitsbedingungen in der Reinigungsbranche, online unter: http://bit.do/freizeit_01

Statistik Austria (2021): Lebensbedingungen für Personen in Risikohaushalten 2020, online unter: http://bit.do/freizeit_02

Statistik Austria (2020): Arbeitsmarktstatistiken 2019 Ergebnisse der Mikrozensus-Arbeitskräfteerhebung und der Offenen-Stellen-Erhebung, online unter: http://bit.do/freizeit_03

FAKTEN

- **Freizeit ist ungleich verteilt:** 18 % der Teilzeitbeschäftigten möchten mehr arbeiten und 16 % der Vollzeitbeschäftigten sehnen sich nach mehr Freizeit.
- **Jeder achte Mensch in Österreich kann sich keinen Urlaub leisten.**
- **25.000 Kinder unter 16 Jahren können sich Freizeitaktivitäten wie Geburtstagsfeste nicht leisten.**

WER SÄGT AM AST, AUF DEM WIR SITZEN?

Umweltungleichheit hat viele Gesichter, aber es sitzen dabei nicht alle im gleichen Boot: Ärmere Menschen sind stärker von lokalen Luft- und Lärmbelastungen betroffen. Global betrachtet sind Menschen in ärmeren Regionen klimabedingten Naturkatastrophen wie Dürren oder Überschwemmungen stärker ausgesetzt. Auch in Österreich verstärken die Folgen der Klimakrise die soziale Ungleichheit.

Wer lebt auf unsere Kosten?

Die ungleiche Verantwortung für die Klimakrise nimmt weiter zu. Der Anstieg der Treibhausgasemissionen in den letzten 25 Jahren lässt sich nur zu 6 % auf die ärmere Hälfte der Weltbevölkerung zurückführen. Die reichere Hälfte der Weltbevölkerung ist für die verbleibenden 94 % des Zuwachses verantwortlich. Der Grund ist die steigende Ungleichheit und der immer klimaschädlichere Konsum der globalen Eliten.

Fliegen, Rasen, Residieren

Diese Ungleichheit im CO₂-Verbrauch gibt es auch in Österreich: Zwar verursachen auch die ärmsten 10 % der Haushalte mehr Emissionen als das vertragliche Klimabudget von 1 bis 2 Tonnen pro Jahr und Person. Aber ein Blick auf die Klimabilanz der reichsten Österreicher*innen zeigt, dass Überreichtum und nicht Armut die zentrale Ursache der Umweltzerstörung ist. Reiche ver-

brauchen überdurchschnittlich mehr Flächen, Energie und Ressourcen – ihre Wohnungen und Autos sind größer. Die öffentliche Hand fördert diese Lebensstile teilweise durch umweltschädliche Subventionen wie zum Beispiel der Steuerbefreiung von Kerosin. Demgegenüber entstehen die Emissionen der Ärmere häufig aus einem Mangel an Geld: Denn umweltfreundliche Lösungen sind oft teurer und damit schlechter leistbar. Gleichzeitig zwingt der Mangel an öffentlicher, klimafreundlicher Infrastruktur viele Menschen auf umweltschädliche Lösungen wie etwa Autos zurückzugreifen.

Klimaschutz fördert Gleichheit

Gerechter Klimaschutz schafft gute Infrastrukturen für ein klimaneutrales Leben. Außerdem dämmt er überflüssige Luxusemissionen aus Überreichtum ein. Dafür muss der bestehende materielle Wohlstand gerechter verteilt werden. Faire Klimaschutzmaßnahmen verbessern die Lebensqualität – gerade für die Ärmsten: Mit mehr sozial-ökologischem Wohnbau und thermischer Sanierung des Bestandes können die Emissionen für Raumwärme gesenkt und Energiearmut bekämpft werden. Klimaschutz schützt gerade die Verletzlichsten unserer Gesellschaft, wie Kranke, Ältere, Kinder und Einkommensarme, denn sie sind von Klimaerhitzung besonders bedroht.

Zum Weiterlesen:

Greenpeace (2020): Klimaungerechtigkeit in Österreich, online unter:

http://bit.do/klimakrise_01

Oxfam International (2020): Confronting Carbon Inequality: Putting climate justice at the heart of the COVID-19 recovery, online unter:

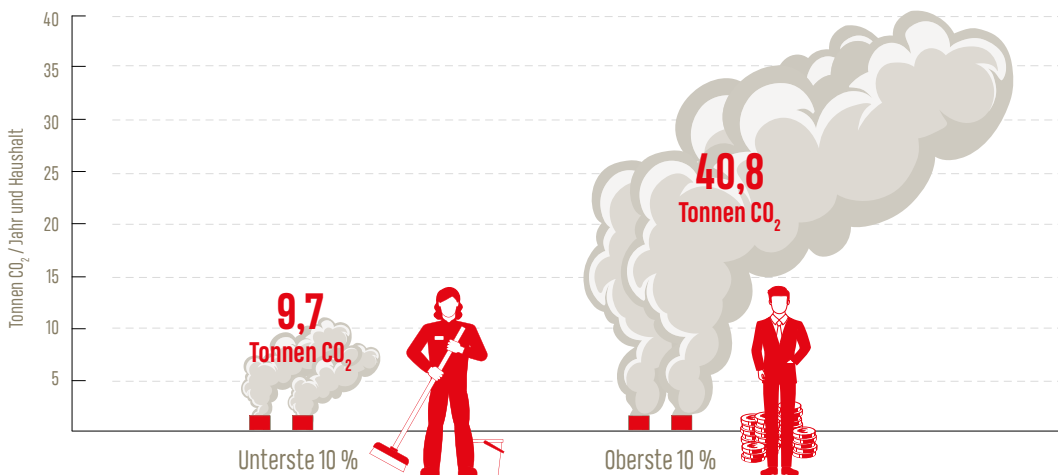
http://bit.do/klimakrise_02

Wiedmann, T. / Lenzen, M. / Keyßer, L. T. / Steinberger, J. K. (2020): Scientists' warning on affluence, online unter: http://bit.do/klimakrise_03

FAKTEN

- Weltweit gehen ganze **37 % des Zuwachses an Treibhausgasemissionen auf die reichsten 5 %** der Weltbevölkerung zurück.
- Die **reichsten 10 % der österreichischen Haushalte emittieren viermal so viel Treibhausgase** wie die ärmsten 10 %.
- In Österreich gibt es vor allem in den Bereichen **Verkehr, Wohnen und Freizeitaktivitäten** große soziale Ungleichheit bei den Emissionen.

REICHE VERURSACHEN VIERMAL SO VIEL CO₂



Quelle: Greenpeace 2020, eigene Darstellung

UNGLEICHHEIT UND DEMOKRATIE

WER DAS GELD HAT, MACHT DIE REGELN

Ungleichheit bei Einkommen und Vermögen hat vielfältige Auswirkungen auf die Demokratie. Die Beteiligung an Wahlen und anderen politischen Aktivitäten unterscheidet sich nach sozialen Kriterien. Das gilt auch für Österreich: Im ökonomisch benachteiligsten Drittel gaben 41 % der Wahlberechtigten bei der Nationalratswahl 2019 keine Stimme ab. Im obersten Drittel gehen nur 17 % nicht zur Wahl. Ungleichheit wächst auch, weil viele Menschen mit geringem Einkommen nicht an demokratischen Entscheidungsprozessen teilnehmen, während andere große Geldbeträge locker machen, um sich mehr Einfluss zu verschaffen. Außerdem gibt es noch viele Menschen, die aufgrund ihrer Staatsbürger*innenschaft gar nicht wählen dürfen.

Politik für die Reichen

Politische Entscheidungen werden oftmals durch Lobbying beeinflusst, um etwa Handelsabkommen oder Steuererleichterungen für Reiche durchzusetzen. Oder es wird an Parteien gespendet, um sich die politische Gunst für die eigenen Belange zu sichern. Mehrere internationale Studien zeigen, dass die Politik häufiger den politischen Präferenzen der

Reichsten folgt und die Demokratie so untergraben wird.

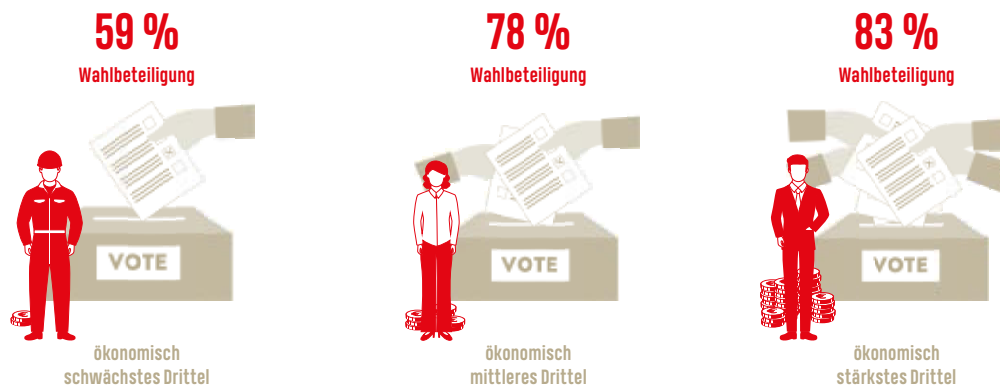
Reichtum bildet Meinung

Es wird aber nicht nur Geld in die Hand genommen, um die eigenen Interessen auf parlamentarischer Ebene durchzusetzen, sondern auch um das Meinungsbild in der Bevölkerung zu beeinflussen. Dazu werden Denkfabriken gegründet und finanziert, die die politische, mediale und wissenschaftliche Agenda prägen. Vermögende Industrielle und Unternehmensverbände haben in den letzten Jahren viel Geld in neoliberale Institute investiert und diesen zu großen medialen Reichweiten verholfen. Zudem haben einige Reiche eigene Medien gegründet oder sich in Massenmedien eingekauft, um Einfluss auf die öffentliche Meinung auszuüben.

Gleiches Recht für alle?

Reiche Menschen beeinflussen Gesetze nicht nur, sie können sich diesen auch einfacher entziehen. Das Verschieben von Vermögen in internationale Steuersümpfe oder das Ausnutzen von Schlupflöchern im Justizsystem sind Beispiele dafür. Die Verknüpfung

JE GERINGER DAS EINKOMMEN, UMSO HÖHER DER ANTEIL DER NICHTWÄHLER*INNEN



Quelle: SONA Österreichischer Demokratie Monitor 2019, eigene Darstellung

von Reichtum und Macht ist in vielen Bereichen von Wirtschaft und Gesellschaft sichtbar – und manchmal auch unsichtbar. Viele Menschen beschleicht deshalb das Gefühl, dass manche mehr gehört werden und es sich richten können, während ihre Interessen zu wenig berücksichtigt werden. Das erklärt auch, warum sich benachteiligte Gesellschaftsschichten vermehrt von politischen Entscheidungsprozessen abwenden. Dazu kommt noch die wachsende Zahl an Menschen, die von politischer Mitbestimmung gänzlich ausgeschlossen ist, weil sie keine österreichische Staatsbürger*innenschaft besitzt. Das verstärkt die Schieflage in der Demokratie weiter.

Zum Weiterlesen:

Dimmel, N. / Hofmann, J. / Schenk, M. / Schürz, M. (2017): Handbuch Reichtum. Neue Erkenntnisse aus der Ungleichheitsforschung, Wien: Studienverlag Pöhringer, S. / Stelzer-Orthofer, C. (2016): Neoliberale Think-Tanks als (neue) Akteure in österreichischen gesellschaftspolitischen Diskursen, SWS Rundschau 56/1: S. 75-96

Zandonella, M. (2020): Ökonomische Ungleichheit zerstört die Demokratie. Wenn Armutsbetroffene nicht zu Wahlen gehen und ihre Anliegen kein Gehör finden, online unter: http://bit.do/demokratie_01

FAKTEN

- In Österreich waren bei den letzten Nationalratswahlen fast 1,1 Millionen Menschen oder **15 % der Bevölkerung im wahlfähigen Alter** mangels österreichischer Staatsbürger*innenschaft **vom Wahlrecht ausgeschlossen**. In Wien betrifft dies sogar jede dritte Person.
- Laut Transparency International gibt es **in Brüssel 50-mal mehr Lobbyist*innen als EU-Abgeordnete**. 70 % davon vertreten Interessen der Industrie, nur 10 % die Interessen von Arbeitnehmer*innen.
- **Große Medien sind in Österreich im Besitz von vermögenden Familien oder Banken**. Sie prägen die öffentliche Debatte. Auswertungen zeigen, dass die großen Tageszeitungen beispielsweise eine Vermögenssteuer überwiegend ablehnend kommentieren.

WAS ZU TUN IST

EINE GERECHTERE WELT IST MÖGLICH

Hohe Ungleichheit zerrüttet den Zusammenhalt der Gesellschaft und das Wohlbefinden der Einzelnen. In ungleichen Gesellschaften sind die sozialen Unterschiede bei Wohnen und Gesundheit, Freizeitaktivitäten und Bildung, Jobs und sozialer Absicherung, politischem Einfluss und beim ökologischen Fußabdruck groß; das führt zu niedriger Lebenszufriedenheit, hoher Unsicherheit und verbreiteter Angst. Emanzipatorische Politik will die Lebensbedingungen der Vielen verbessern, indem sie die negativen gesellschaftlichen Folgen von Ungleichheit korrigiert. Sie muss diese aber bereits vor ihrem Entstehen an den Wurzeln bekämpfen. Das erfordert zielgerichtete Maßnahmen bei den Ärmeren, den Breiten, von Erwerbsarbeit und -einkommen geprägten Klassen, sowie den Reichen.

Öffentliche Infrastruktur bringt mehr Gerechtigkeit

Soziale Dienste mit hoher Qualität für alle helfen den Menschen in Lebensphasen besonderer Schutzbedürftigkeit. Sie verringern direkt die ökonomische Ungleichheit und ermöglichen Erwerbsarbeit und Einkommen. Öffentliche Kindergärten, Ganztagschulen und offene Hochschulen verbessern die sozialen, emotio-

nen und kognitiven Fähigkeiten junger Menschen aus allen Schichten. Dies steigert auch ihre Chancen auf gute Jobs und Wohlstand.

Soziale Dienste ermöglichen auch eine gerechtere Verteilung unbezahlter Sorge- und damit auch bezahlter Erwerbsarbeit, vor allem für Frauen können sie gute Jobs und Einkommen sowie eigenständige soziale Absicherung bringen. Was für das Bildungssystem exemplarisch gilt, stimmt ebenso für Qualifizierung und Weiterbildung, für eine flächendeckende Versorgung mit mobilen Pflegediensten und Pflegeheimen sowie ein Gesundheitssystem ohne Klassen.

Besonders Städte und Gemeinden schaffen Infrastruktur für alle: Öffentliche Räume wie Parks, Sportplätze oder Kultureinrichtungen ermöglichen Freizeitaktivitäten und gesellschaftliche Auseinandersetzung. Sozialer Wohnbau fördert das Miteinander und die Durchmischung. Öffentliche Verkehrsmittel verbessern die Mobilität aller, unabhängig von ihrem Einkommen oder Vermögen. Öffentliche Infrastruktur fördert Erholung, ermöglicht Solidarität, verbessert Erwerbschancen und hilft gegen den Klimawandel.



MEHR GLEICHHEIT MIT ÖFFENTLICHEM EIGENTUM
UND ÖFFENTLICHER INFRASTRUKTUR

ÖFFENTLICHE RÄUME UND INFRASTRUKTUR BEREITSTELLEN, DAMIT ALLE AM GESELLSCHAFTLICHEN LEBEN TEILHABEN KÖNNEN UND WIR UNSEREN PLANETEN SCHÜTZEN.

- **Ausbau des öffentlichen Verkehrs**, von Bahn und Bus bis zu Rad- und Fußwegen.
- **Reduktion von Verkehrs-, Lärm- und Luftbelastungen** – da davon gerade Einkommensschwächere am stärksten betroffen sind.
- **Konsumfreie Räume** in der Öffentlichkeit sowie **leistbare Zugänge zu Kunst und Kultur**, um gesellschaftliche Teilhabe für alle zu ermöglichen.
- Ausbau von **ressourcenschonenden und umweltfreundlichen Produktionsweisen**, damit unser Planet auch für zukünftige Generationen lebenswert bleibt.

Politik für die Vielen

Gewerkschaften und Betriebsrät*innen kämpfen für bessere Rahmenbedingungen von Arbeitsverhältnissen, mehr Gleichberechtigung und Mitbestimmung in Erwerbsleben und Produktion, sowie hohe (Mindest-)Löhne und Urlaubsansprüche. Aktive Beschäftigungs- und Industriepolitik schützen vor Arbeitslosigkeit und haben die Zukunft von Produktion und Arbeitsplätzen im Auge. Gelungene Wettbe-

werbspolitik verhindert Monopole mit hohen Preisen.

Die Erwerbstätigen haben eine soziale Arbeitslosen-, Kranken- und Pensionsversicherung geschaffen, die Schutz bietet und den Lebensstandard sichert. Sie muss weiter verbessert werden, auch in Bezug auf die Finanzierung. Steuern verringern Ungleichheit und finanzieren soziale Dienste, öffentliche Infrastruktur und gesellschaftlichen Zusammenhalt. Wir



DAS RECHT AUF ARBEIT MIT FAIREN ARBEITSBEDINGUNGEN UND BREITER MITBESTIMMUNG ERMÖGLICHEN, DAMIT ALLE EIN MENSCHENWÜRDIGES LEBEN FÜHREN KÖNNEN.

- Durch das Recht auf Arbeit mit fairen Arbeitsbedingungen und breiter Mitbestimmung allen ein menschenwürdiges Leben ermöglichen.
- Gute **kollektivvertraglich abgesicherte Arbeitsverhältnisse mit Mindestlohn** und laufender Möglichkeit zu Weiterbildung.
- **Effektivere Einkommensberichte und Strafen bei Unterentlohnung**, um die Lohnschere zwischen den Geschlechtern zu schließen.
- **Ausbau der Gesundheitsprävention** in den Betrieben, um psychische und physische Belastungen in der Arbeitswelt zu reduzieren.
- **Leichter Zugang zur österreichischen Staatsbürger*innenschaft**, da derzeit viele Menschen von demokratischen Entscheidungsprozessen ausgeschlossen sind.
- **Vollständige Transparenz und wirksame Obergrenzen bei Parteispenden**, damit die Interessen aller Menschen gleichmäßig berücksichtigt werden.

wollen sie progressiver machen. Die starken Belastungen kleinerer Einkommen mit den erforderlichen Verbrauchs- und Ökosteuern müssen durch Transfers kompensiert, Kapitalerträge besser erfasst und hohe Vermögen und Erbschaften progressiv besteuert werden. Mehr wirtschaftliche Gleichheit ist politisch machbar. Sie schafft eine inklusive, solidarische Gesellschaft, lebenswerte Städte und Ge-

meinden, gute Wohn- und Arbeitsbedingungen für alle, hohe Qualität von Bildung, Gesundheit und Pflege, attraktive Freizeitmöglichkeiten und gute Infrastruktur, eine lebendige Demokratie, in der die Interessen aller Bevölkerungsgruppen zum Ausdruck kommen, unabhängig von ihrer Herkunft und ihren wirtschaftlichen Ausgangsbedingungen.



MEHR GLEICHHEIT DURCH UMVERTEILUNG UND SOZIALSTAAT

VERMÖGEN GERECHT VERTEILEN UND SOZIALE SICHERHEIT SCHAFFEN, DAMIT NIEMAND IN ARMUT LEBEN MUSS.

- Den Sozialstaat gezielt ausbauen, damit alle **Menschen gegen Armut, Krankheit, Alter und Arbeitslosigkeit abgesichert sind**.
- Ein **gerechtes Bildungssystem vom Kindergarten bis zur Hochschule**, damit alle Talente die gleichen Förderungen und Chancen erhalten.
- Ein **progressives Steuersystem** und die **Einführung einer Vermögens- und Erbschaftssteuer**, damit Reichtum in der Gesellschaft gerecht verteilt und Überreichtum verhindert wird.
- Den **Ausbau des Gesundheitssystems** sowie die Etablierung eines **funktionierenden und fairen Pflegesystems**, damit alle die notwendige Fürsorge erhalten.
- Eine **Mietrechtsreform mit wirksamen Mietzinsobergrenzen** sowie dem **Ausbau des sozialen Wohnbaus**, damit alle Menschen ein würdiges Zuhause haben.

Zum Weiterlesen:

Mehr zum Thema Bildungsgerechtigkeit unter: www.gerechtebildung.jetzt

Mehr zum Thema Geschlechtergerechtigkeit unter: www.ronja-verdient-mehr.at

Aktuelle Zahlen, Daten und Fakten zur Vermögensverteilung in Österreich unter:

www.verteilung.at oder unter: <https://soreichistoesterreich.ak.at/>

Mehr zum Thema Ungleichheit in Europa unter: www.inequalityin.eu

Aktuelle Zahlen, Daten und Fakten zum Thema Wohlstand in Österreich unter:

www.arbeiterkammer.at/wohlstandsbericht2020

LESESTOFF ZU GLEICHHEIT UND UNGLEICHHEIT



Arbeiterkammer Wien, AK-Wohlstandsbericht, 2021

Bereits zum 4. Mal präsentiert die AK den Wohlstandsbericht, der einen wesentlichen Beitrag zur Messung von Wohlstand und Wohlergehen in Österreich liefert. Dabei werden wichtige Aspekte für ein gutes Leben, etwa Gesundheit, Bildung, Gleichstellung, Verteilungsgerechtigkeit und ökologische Nachhaltigkeit einbezogen. Der aktuelle Bericht berücksichtigt die wirtschaftlichen und sozialen Folgen der Covid-19-Pandemie.

Kate Pickett & Richard Wilkinson, Gleichheit ist Glück. Warum gerechtere Gesellschaften für alle besser sind, 2010

In jahrzehntelanger Forschung untersuchen die beiden Wissenschaftler*innen Richard Wilkinson und Kate Pickett den Einfluss von Ungleichheit auf soziale Probleme entwickelter Gesellschaften. Dabei zeigen sie, dass es einen statistischen Zusammenhang zwischen gesellschaftlichen Problemen, etwa Drogenkonsum, und der ungleichen Einkommens- und damit Chancenverteilung in einer Gesellschaft gibt. Denn ab einem gewissen Einkommensniveau ist nicht mehr die Höhe der Durchschnittseinkommen, sondern die Verteilung der Einkommen entscheidend dafür, wie gut es den Menschen geht.



Statistik Austria, Wie geht's Österreich? Indikatoren und Analysen sowie COVID 19 Ausblick, 2020

Die Statistik Austria liefert mit Zahlen und Daten die Grundlage für eine faktenorientierte öffentliche Debatte, empirische Forschung und evidenzbasierte Entscheidungen in Gesellschaft, Politik und Wirtschaft. „Wie geht's Österreich“ präsentiert seit 2012 eine Vielzahl von Indikatoren zu den Bereichen materieller Wohlstand, Lebensqualität und Umwelt, um den Wohlstand der Gesellschaft umfassender messen zu können. Dabei können die Indikatoren als Ergänzung zum Bruttoinlandsprodukt gesehen werden, die ein breiteres Verständnis von Wohlstands- und Fortschrittentwicklung in Österreich ermöglichen.



**Andrew Sayer,
Warum wir uns die Reichen nicht leisten können, 2017**

Eine Spritztour mit einer Superyacht verbraucht mehr Sprit, als ein durchschnittlicher Mensch in Afrika in seinem ganzen Leben. Ein Drittel der Häuser in der zweit teuersten Straße Londons stehen leer, während die Mietpreise in der Stadt durch die Decke gehen. Soziale Ungleichheit hat in den letzten Jahren zugenommen, der Reichtum der Reichen weltweit ist förmlich explodiert. Andrew Sayer zeigt die dysfunktionalen Mechanismen des Marktes, wovon 1 % der Superreichen am meisten profitieren. Diese Art des Reichtums können wir uns als Gesellschaft nicht länger leisten.

**Emmanuel Saez & Gabriel Zucman,
Der Triumph der Ungerechtigkeit, 2020**

Bekanntlich gelten zwei Dinge als sicher: der Tod und Steuern. Doch letzteres scheint nicht für alle als sicher zu gelten, denn multinationale Großkonzerne entwickeln immer ausgeklügeltere Tricks und Methoden, um Gewinne möglichst niedrig besteuern zu müssen. Dabei unterbieten sich internationale Steuerparadiese und konkurrieren um die Gelder von Wohlhabenden. Durch Trumps Reformen in den USA zahlen Milliardäre mittlerweile sogar weniger Steuern als durchschnittliche Arbeiter*innen. In „Der Triumph der Ungerechtigkeit“ rekonstruieren die Ökonomen Emmanuel Saez und Gabriel Zucman, wie es zu dieser Ungerechtigkeit kommen konnte.



Chrystia Freeland, Die Superreichen, 2013

Superreiche bilden die neue globale Klasse. Doch wer sind diese Superreichen und wie sind sie an ihr Geld gelangt? Was machen sie damit und welche Auswirkungen hat es auf unsere Demokratie, wenn eine kleine Gruppe über ein unvorstellbares Vermögen verfügt? Die Antworten darauf liefert Chrystia Freeland, denn die Autorin hat die neue Superelite zwei Jahre lang begleitet und erforscht. Sie liefert einzigartige Einblicke in die Welt der Superreichen, die sich gerne abschottet und lieber unbekannt bleiben möchte. Vor allem aber macht sie die Konsequenzen dieses Superreichtums deutlich.

UNGLEICHHEIT IN ZAHLEN

DIE ZAHL DER LANGZEITBESCHÄFTIGUNGSLOSEN IST SEIT 2010 UM 162% GESTIEGEN.



2010 GAB ES IN ÖSTERREICH RUND **44.500 LANGZEITBESCHÄFTIGUNGSLOSE**. 2020 WAREN ES RUND **117.000**.

DIE PENSIONEN VON FRAUEN SIND IN ÖSTERREICH UM RUND 46 % GERINGER ALS DIE DER MÄNNER. DIE DURCHSCHNITTLICHE FRAUENPENSION LIEGT BEI 1.226 EURO BRUTTO.



BEI DEN ALLEINLEBENDEN PENSIONIST*INNEN SIND **26 % DER FRAUEN UND 15 % DER MÄNNER ARMUTSGEFÄHRDET**. DAS BETRIFFT 86.000 FRAUEN UND 16.000 MÄNNER.

53.153 €
vs
42.880 €

FRAUEN VERDIENEN IM JAHR 2020 UM RUND 19 % ODER 10.273 EURO WENIGER ALS IHRE MÄNNLICHEN KOLLEGEN.

UNSER SOZIALSTAAT SCHÜTZT FAST 600.000 ERWACHSENE VOR ARMUT. DIE ZAHL DER ARMUTSGEFÄHRDETEN WIRD UM FAST 40 % REDUZIERT.



KINDERBETREUUNGSEINRICHTUNGEN FÜR UNTER-3-JÄHRIGE SIND NUR ZU 13 % MIT EINEM VOLLZEITJOB VEREINBAR. DIE TEILZEITQUOTE BEI FRAUEN IST 36 % HÖHER ALS BEI MÄNNERN.



RUND **38 % DER FRAUEN** GEBEN DIE KINDERBETREUUNG ALS **HAUPTGRUND FÜR IHRE TEILZEITBESCHÄFTIGUNG AN**, BEI MÄNNERN SIND ES NUR 5 %.

DEM **REICHSTEN FÜNFTEL** GEHÖREN **88 %** DES NICHT ALS HAUPTWOHNSTZ GENUTZTEN IMMOBILIENVERMÖGENS.



DAS REICHSTE EINKOMMENSDRITTEL BEZIEHT **83 % ALLER MIETEINKOMMEN.**



DAS REICHSTE 1 %

IN ÖSTERREICH
BESITZT 40 %
DES GESAMTEN
NETTOVERMÖGENS

DIE UNTEREN 50 % VERFÜGEN NUR
ÜBER KNAPP 3 %.



DAS REICHSTE 1 % VERURSACHT
WELTWEIT MEHR ALS **DOPPELT SO VIEL CO₂**
AUSSTOSS WIE DIE ÄRMERE HÄLFTE DER
WELTBEVÖLKERUNG ZUSAMMEN.

DIE **ATX-MANGER*INNEN-**
GEHÄLTER STIEGEN
2020 **UM 7 %.**
DAS **MEDIANEINKOMMEN**
DAGEGEN NUR UM 1,3 %.



ATX-MANAGER*INNEN **VERDIENEN**
57-MAL MEHR ALS DER
DURCHSCHNITT IN ÖSTERREICH.

IN ÖSTERREICH **LEBEN**
1,1 MILLIONEN
MENSCHEN,
DIE NICHT
WAHLBERECHTIGT
SIND.



IN BRÜSSEL GIBT ES
50-MAL MEHR
LOBBYIST*INNEN ALS
EU-ABGEORDNETE. 70 % DAVON
VERTRETEN INTERESSEN DER INDUSTRIE.

BEI DEN ELTERN MIT UNIVERSITÄTSABSCHLUSS
HABEN **86% DER KINDER**
MATURA ODER EINEN
HÖHEREN ABSCHLUSS.



27 % DER KINDER VON
PFLICHTSCHULABSOLVENT*INNEN,
ERREICHEN SELBST
KEINEN HÖHEREN ABSCHLUSS.

WÄHREND DIE HAUPTMIETZINSEN
IN ÖSTERREICH SEIT 2008 **UM 47 % STIEGEN,**
STIEGEN DIE LÖHNE NUR UM 21 %.





Genug
vom Fischen
im Trüben?

A&W
blog

awblog.at

120.461.000



120 Millionen Menschen, also jede 5. Person in der EU ist von Armut betroffen. Die EU ist eine der reichsten Regionen der Welt.

www.inequalityin.eu



EINKOMMEN - VERMÖGEN - UNGLEICHHEIT FÜR DIE VIELEN, NICHT DIE WENIGEN!

Drei Broschüren zeigen alle Fakten zur Verteilung von Einkommen und Vermögen sowie Hintergründe zur Entwicklung der Ungleichheit von Thomas Piketty. Mit anschaulichen Grafiken und kompakten Texten sind viele Zahlen, Daten und Fakten aufbereitet.

DOWNLOAD:

www.arbeiterkammer.at/verteilungsgerechtigkeit

BESTELLUNG:

WWSek@akwien.at

